

Protokoll der Gemeindeversammlung Arlesheim

vom 26. November 2025 im Setzwerk, Saal

Vorsitz: Gemeindepräsident Markus Eigenmann, Gemeindepräsident

Protokoll: Fatima Salihovic, Stabsdienste

Traktanden:

- 1 – Protokoll der Gemeindeversammlung vom 25. September 2025
- 2 – Budget 2026
- 3 – Finanzplanung 2026-2033
- 4 – Ausführungskredit «Sanierung Kindergarten Im Lee»
- 5 – Diverses

Gemeindepräsident Markus Eigenmann begrüsst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur heutigen Gemeindeversammlung.

Die Medien sind vertreten durch:

- Wochenblatt, Désirée Bellwald

Für die Gemeindeversammlung entschuldigt haben sich:

- Stefan Knobel
- Alexander Pasalidi
- Gemeinderätin Brigitte Treyer (stösst später dazu)

Die Sprecherinnen und Sprecher der Gemeindegemeinschaft sind:

- Thomas Arnet (Traktandum 2)
- Nicole Ziegler (Traktandum 3)
- Nadja Flückiger (Traktandum 4)

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler wurden bestimmt:

- Nicole Barthe (Sektor A inkl. Gemeinderat)
- Claude Jeannert (Sektor B)
- Christoph Ruf (Sektor C)

Gemeindepräsident Markus Eigenmann bittet die Nichtstimmberechtigten, im zugewiesenen Sektor ganz hinten Platz zu nehmen und sich nicht unter die Stimmberechtigten in den anderen drei Sektoren zu mischen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann fügt hinzu, dass die Unterlagen rechtzeitig zugestellt worden sind. Hier gilt die gesetzliche Frist von 10 Tagen vor der Gemeindeversammlung.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann weist darauf hin, dass gemäss § 53 Abs. 3 des Gemeindegesetzes Bild- und Tonaufnahmen der Zustimmung der Gemeindeversammlung bedürfen. Der Vorsitzende fragt die Versammlung an, ob sie damit einverstanden ist, dass zu Protokollzwecken Tonaufnahmen erstellt werden. Die Aufnahmen werden nach der Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht.

Neu besteht die Möglichkeit, eigene Voten in der öffentlichen Version des Protokolls anonymisieren zu lassen. Wer dies wünscht, muss dies entweder direkt nach der Versammlung der Leiterin Gemeindeverwaltung Katrin Bartels mitteilen oder spätestens innerhalb von drei Tagen danach per E-Mail melden. Dieses neue Vorgehen ist in § 4b Verwaltungs- und Organisationsreglement geregelt.

Er erklärt zudem, dass diese Regelung aus Abklärungen mit dem Datenschutz resultiert, da die bisherige Praxis vieler Gemeinden nicht datenschutzkonform ist. Voten von Behördenmitgliedern dürfen weiterhin namentlich protokolliert werden, für alle anderen muss jedoch die Möglichkeit zur Anonymisierung bestehen. Der Hintergrund ist die heutige dauerhafte und öffentliche Verfügbarkeit der Protokolle im Internet im Vergleich zu früheren Papierprotokollen. Die Anonymisierung ist freiwillig und wird nur vorgenommen, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird; andernfalls werden die Voten wie bisher mit Namen aufgeführt.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Es wird einstimmig beschlossen:

://: Zu Protokollzwecken dürfen Tonaufnahmen von der Gemeindeversammlung erstellt werden.

Traktandum 1:

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 25. September 2025

Gemeindepräsident Markus Eigenmann weist darauf hin, dass das Protokoll auf der Internetseite der Gemeinde aufgeschaltet war. Er fragt die Versammlung an, ob jemand das Verlesen des Protokolls wünscht.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Es wird einstimmig beschlossen:

://: Auf das Vorlesen des Protokolls wird verzichtet.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann fragt die Versammlung an, ob es Änderungsanträge zum Protokoll gibt.

Benedikt Göschke bittet um eine Ergänzung zum Protokoll zum Traktandum «Bächli», Antrag Manggold, da ihn der Ablauf der Diskussion stark beschäftigt. Er schildert, dass die politische Kultur in der Gemeinde aus seiner Sicht stark von Konsens geprägt ist und unabhängige Meinungen selten vorkommen. Umso problematischer empfindet er den Umgang mit dem Antragsteller, der während seines Votums wiederholt gestört, verspottet und nach Ansicht von Benedikt Göschke nicht ausreichend geschützt wurde. Er kritisiert, dass von der Sitzungsleitung teilweise nicht eingegriffen wird, lobt jedoch eine Situation, in der korrekt reagiert wurde. Zudem bemängelt er das Verhalten einzelner Personen nach der Versammlung gegenüber dem Antragsteller. Abschliessend betont er die Bedeutung des Schutzes aller Redner und einer respektvollen Debattenkultur und fordert dazu auf, unabhängige Stimmen in der Gemeinde nicht mundtot zu machen.

Weiter stellt er fest, dass ihm eine Passage im Protokoll fehlt, und beantragt deshalb folgende Ergänzung: Fehlender Teil nach Ansicht von Benedikt Göschke im Protokoll vom 25. September 2025 - «Gemeindeverwalterin Katrin Bartels merkt an, dass der Antrag so nicht zulässig sei.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann fragt daher: dass man somit über folgenden Antrag abstimme: Reduktion des Planungskreditvolumens auf CHF 76'000. Johannes Manggold antwortet daraufhin, dass es ja so keinen Sinn mache, wenn die Inhalte nicht inkludiert sind. Der Antrag ist so wie verfasst und formuliert zur Abstimmung zu bringen. Gemeindepräsident formuliert den Antrag um auf 'Antrag auf Etappierung der Planung mit Gewährung eines Planungskredits von CHF 76'000'.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann erklärt, dass er allgemein immer versucht, die Antragsteller zu unterstützen, damit ein Antrag gestellt werden kann, umsetzbar ist und später nicht zu Diskussionen führt. Wenn ein Antrag im Voraus eingereicht wird, unterstützt die Verwaltung beratend, damit die Gemeindeversammlung genau weiss, worüber abgestimmt wird, und die Umsetzung danach klar ist. Da dieser Antrag nicht im Voraus vorlag, formuliert er ihn während der Gemeindeversammlung so, dass die Versammlung weiss, worüber abgestimmt wird, und der Gemeinderat anschliessend weiss, was umzusetzen ist. Er erinnert daran, dass es bei einem Beschluss nicht nur auf den formalen Beschlusssatz ankommt, sondern auch auf die dazugehörigen Erklärungen und Voten, um später nachvollziehen zu können, was beschlossen wurde.

Dasselbe Prinzip gilt für Anträge: Im Protokoll werden die Herleitung und das Votum des Antragstellers festgehalten, damit jederzeit nachvollzogen werden kann, was der Antragsteller wollte, und was gesagt wurde. Daher versucht er, den Antrag so kurz und klar wie möglich wiederzugeben, ähnlich wie bei Beschlüssen des Gemeinderats, wobei die Erklärungen im Protokoll abgebildet und berücksichtigt werden. Materialien und Voten gehören zur Auslegung eines Beschlusses oder Antrags und genau so werden die Ausführungen des Antragstellers oder des Gemeinderats dokumentiert.

Benedikt Göschke merkt an, dass der Antrag aus sieben Punkten bestehe, die Teil des Antrags sein müssten.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann antwortet, dass diese Punkte im Protokoll abgebildet seien und der Gemeinderat sie bei der Umsetzung berücksichtige, wenn der Antrag angenommen wird.

Benedikt Göschke betont, dass die Gemeindeversammlung nicht über den Inhalt abstimmen durfte.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann erklärt, dass für ihn implizit über den Inhalt abgestimmt wurde und es nicht die Absicht war, etwas am Inhalt zu ändern.

Benedikt Göschke wirft ein, dass die Formulierung der Abstimmung den Eindruck erwecke, man wolle dem Antrag «die Zähne ziehen», wie bei früheren Anträgen zum Teilzonenplan Ortskern.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann widerspricht dem entschieden und betont, dass die Anträge stets so formuliert werden, dass sie der Intention des Antragstellers entsprechen und gleichzeitig umsetzbar sind. Abschliessend überlässt er es jedem, dies zu bewerten und fragt, ob über die Änderung des Protokolls abgestimmt werden soll.

Roger Pfister weist darauf hin, dass man für eine Änderung des Protokolls genau wissen muss, was geändert werden soll. Viele Anwesende im Saal können sich nicht an alle Details erinnern, die im Protokoll stehen. Deshalb schlägt er vor, dass die Verwaltung das Protokoll entsprechend ergänzt und dann das ergänzte oder bestehende Protokoll nochmals vorlegt. Er betont, dass er sich an den Ablauf zwar grob erinnert, aber nicht alles zu 100 % genau wiedergeben kann.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann erklärt den Ablauf: Ein Antrag wird gestellt, den er gleich noch einmal kurz vorliest, damit alle wissen, worüber abgestimmt wird. Es handelt sich um vier Sätze, die zusätzlich ins Protokoll aufgenommen werden sollen. Wird der Antrag angenommen, wird das Protokoll entsprechend angepasst. Wird der Antrag abgelehnt, bleibt das Protokoll unverändert und wird so genehmigt, wie es derzeit veröffentlicht ist. Dies beschreibt das vorgesehene Prozedere.

Lukas Bader stimmt zu und ergänzt, dass es eigentlich sinnvoll wäre, das Protokoll an jeder Gemeindeversammlung vorzulesen. So wüsste jeder, was genau behandelt wurde, ähnlich wie zuvor bereits erwähnt.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann erklärt, dass das Vorlesen des Protokolls nur dann erfolgt, wenn ein Antrag aus der Versammlung kommt, über den abgestimmt werden soll.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

Ergänzungsantrag von Benedikt Göschke zum Protokoll vom 25. September 2025:

«Gemeindeverwalterin Katrin Bartels merkt an, dass der Antrag so nicht zulässig sei.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann fragt daher: dass man somit über folgenden Antrag abstimme: Reduktion des Planungskreditvolumens auf CHF 76'000. Johannes Manggold antwortet daraufhin, dass es ja so keinen Sinn mache, wenn die Inhalte nicht inkludiert sind. Der Antrag ist so wie verfasst und formuliert zur Abstimmung zu bringen. Gemeindepräsident formuliert den Antrag um auf 'Antrag auf Etappierung der Planung mit Gewährung eines Planungskredits von CHF 76'000'.

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

://: Der Antrag von Benedikt Göschke zur Ergänzung des Protokolls vom 25. September 2025 wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Mit vereinzelt Gegenstimmen wird beschlossen:

://: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 25. September 2025 wird verabschiedet.

Traktandenliste

Gemeindepräsident Markus Eigenmann fragt die Versammlung an, ob sie mit der vorliegenden Traktandenliste einverstanden ist.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Es wird einstimmig beschlossen:

://: Die vorliegende Traktandenliste wird genehmigt.

Traktandum 2:

Budget 2026

Gemeinderat Peter Vetter beginnt mit der Feststellung, dass er nicht allem zustimmt, was Benedikt Göschke gesagt hat, aber einer Sache sehr zustimmt: Es sei wichtig, dass Rednerinnen und Redner während der Gemeindeversammlung ungestört sprechen können. Sie sollen nicht ausgepiffen, beklatscht oder durch Zwischenrufe gestört werden. Abschliessend appelliert er an alle Anwesenden, diese Disziplin zu wahren, damit sich jede und jeder frei, unvoreingenommen und ohne Störungen äussern kann.

Peter Vetter präsentiert das Budget 2026 und gibt einen Überblick über die geplante Erfolgsrechnung 2026 im Vergleich zum Budget 2025 und zur Rechnung 2024. Für das Jahr 2026 wird operativ ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt. Dank der jährlichen Auflösung von Vorfinanzierungen für das Setzwerk, die die Rechnung während 30 Jahren jeweils um 233'000 Franken verbessert, wird insgesamt ein positives Resultat von rund 210'000 Franken erwartet.

Im Vergleich zum Budget 2025 fallen die Einnahmen etwas tiefer aus. Für 2025 wurden aufgrund optimistischer kantonaler Konjunkturprognosen relativ hohe Steuereinnahmen eingesetzt. Für 2026 rechnet man hingegen mit einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung sowie mit einem Rückgang bei den Vorjahressteuern aus den Jahren 2021 bis 2023. Dies führt zu geringeren erwarteten Steuererträgen. Das sehr negative Ergebnis von 2024 wird als Ausnahmejahr mit ausserordentlich hohen Zusatzkosten eingeordnet, das sich so nicht wiederholen soll.

Auf der Aufwandseite steigen insbesondere die Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich deutlich an. Vor allem bei Spitex und Altersheimen ist gegenüber 2025 ein Mehraufwand von rund 570'000 Franken vorgesehen; insgesamt werden in diesem Bereich rund 5,9 Millionen Franken budgetiert. Diese Ausgaben sind weitgehend gesetzlich gebunden und lassen sich nur begrenzt beeinflussen. Der Personalaufwand steigt aufgrund einer moderaten Teuerung nur leicht. Gleichzeitig führt das gesunkene Zinsniveau zu einer geringeren Belastung beim Fremdkapital. Beim Finanzausgleich wird mit einer leichten Zunahme gerechnet.

Bei den Steuereinnahmen ergibt sich ein gemischtes Bild: Bei den natürlichen Personen werden rund 860'000 Franken weniger erwartet als im Budget 2025. Demgegenüber stehen deutlich höhere Erträge bei den juristischen Personen. Grund dafür ist der Zuzug der Straumann Group, die ab dem 4. Quartal 2026 in der Gemeinde Steuern zahlen wird. Ein Teil dieser zusätzlichen Einnahmen fliesst jedoch in einen kantonalen Medtech-Fonds, sodass nicht der gesamte Mehrertrag bei der Gemeinde verbleibt. Insgesamt steigen die gesamten Steuereinnahmen dennoch leicht auf rund 42,9 Millionen Franken.

Abschliessend beantragt der Gemeinderat, die Steuerfüsse unverändert zu belassen: 47 % der Staatssteuer für natürliche Personen und 50 % für juristische Personen. Zudem wird die Genehmigung des Budgets 2026 beantragt, das trotz konjunktureller Unsicherheiten und steigender Sozialkosten ein leicht positives Ergebnis vorsieht.

Thomas Arnet von der Gemeindekommission erklärt, dass das Budget für die Gemeindeversammlung das zentrale Thema ist und dieses Jahr Ausgaben von 64 Mio. Franken umfasst. Im Vergleich zum Vorjahr sinken die Steuereinnahmen der natürlichen Personen, während die Einnahmen der juristischen Personen steigen – vor allem durch den erwarteten Zuzug der börsenkotierten Straumann-Gruppe im Herbst 2026. Sollte dieser Zuzug später erfolgen oder ausfallen, verschieben sich die zusätzlichen Steuereinnahmen auf 2027. Etwa 57 % dieser Einnahmen fliessen in einen Fonds, der zusammen mit kantonalen Erträgen für den MedTech-Hub verwendet wird. Ohne die Straumann-Steuereinnahmen würde ein Budgetdefizit drohen, möglicherweise verbunden mit Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen.

Die Gemeinde muss zudem steigende Kosten bei Alter und Sozialhilfe berücksichtigen, die schwer kalkulierbar sind. Geplante Investitionen 2026 erfordern Fremdkapital, wodurch die Verschuldung steigt. Insgesamt erwartet die Gemeinde ein finanziell ereignisreiches Jahr. Die Gemeindekommission empfiehlt jedoch einstimmig die Annahme des Budgets.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann präsentiert an dieser Stelle den Parolenspiegel der Parteien.

Partei	Parolen
FDP	Ja
Frischluf	Ja
SP	Ja
GLP	Ja
Die Mitte	Ja
SVP	Ja

Es werden Wortmeldungen verlangt.

Cyrril Bleisch äussert, dass die Gemeinde nicht nur eine «Ja! -Kultur» haben sollte. Das Budget wird grundsätzlich positiv bewertet, jedoch wurde der Steuersatz von 45 % für 2026 nicht erreicht, was fair ist. Für die FDP Arlesheim ist klar: Die Gemeinde muss nicht nur für Unternehmen attraktiv sein, sondern auch für natürliche Personen. Deshalb braucht es eine Steuersenkung. Ein kleiner Teaser für den kommenden Finanzplan: Wie die Anwesenden vielleicht im Wochenblatt gelesen haben, muss sich die Gemeinde auch für natürliche Personen attraktiver machen.

Michael Honegger legt die Meinung der SP dar: Die Partei hat das Budget geprüft und ist erfreut über das positive Ergebnis. Er stellt fest, dass grosse Bewegungen im Budget an Stellen stattfinden, auf die die Gemeinde wenig Einfluss hat, wie bei den Alterskosten oder bei unsicheren Steuerschätzungen. Besonders begrüsst er die zusätzlichen Einnahmen durch die Straumann-Gruppe.

Er unterstützt den Gemeinderat sowohl beim Budget als auch bei der dort inkludierten Steuer. Ein Blick auf den Finanzplan zeigt, dass der Gemeinderat die Mittel ausgewogen und nachhaltig einsetzt: Schuldenabbau, notwendige Investitionen und eine kleine Steuersenkung, die die Bevölkerung entlastet. Dass alle drei Bereiche gleichzeitig berücksichtigt werden, ist für ihn ein wichtiger Vorteil. Er geht davon aus, dass die FDP in dieser Situation sparen möchte, namentlich beim Alter und bei Investitionen. Weniger Mittel für Alter bedeuten eingeschränkten Handlungsspielraum, und weniger Investitionen führen zu maroder Infrastruktur, etwa undichten Flachdächern in Schulen, Kitas und Bibliotheken. Er warnt davor, Investitionen zugunsten kurzfristiger Steuererleichterungen zu verschieben, und betont, dass die SP auf eine nachhaltige Finanzpolitik setzt, die langfristig Infrastruktur und Attraktivität der Gemeinde sichert.

Damian Schärer erklärt, dass die SVP das Budget diskutiert hat und es als sehr ausgewogen und gut durchdacht einschätzt. Er hält es für nachhaltig und langfristig vorteilhaft für die Gemeinde Arlesheim und kündigt an, dass die SVP das Budget unterstützen wird.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

Mit einer Gegenstimme wird beschlossen:

://:

1. Das Budget 2026 der Einwohnergemeinde Arlesheim wird genehmigt.
2. Die Gemeindesteuersätze werden somit wie folgt genehmigt:
 - a) Einkommens- und Vermögenssteuer natürlicher Personen (§ 19 StG):
Steuerfuss: 47 % der Staatssteuer (wie bisher)
 - b) Ertrags- und Kapitalsteuer juristischer Personen (§§ 58 Abs. 2 und 62 Abs. 2 StG):
Ertragssteuer, Steuerfuss: 50 % der Staatssteuer (wie bisher)
Kapitalsteuer, Steuerfuss: 50 % der Staatssteuer (wie bisher)

Gemeinderat Peter Vetter erklärt die Finanzplanung der Gemeinde und betont, dass das Ziel eine ausgewogene Finanzpolitik ist, die drei zentrale Bereiche gleichzeitig berücksichtigt:

1. Investitionen finanzieren: Die Gemeinde will ihre notwendigen Investitionen aus eigenen Mitteln decken. Das Ziel des Gemeinderats ist, den Selbstfinanzierungsgrad – also den Anteil der Investitionen, der aus Erträgen der Erfolgsrechnung bezahlt wird – über acht Jahre auf 100 % zu steigern. Bisher lag dieser Wert bei 25–33 %. Dank der zusätzlichen Steuereinnahmen durch die Straumann-Gruppe wird dies nun möglich.
2. Verschuldung abbauen: Die Verschuldung ist in den letzten 20 Jahren gestiegen und liegt nun im Mittelfeld vergleichbarer Gemeinden. Ziel ist es, die Schulden signifikant zu reduzieren – von voraussichtlich 42,5 Mio. Franken Ende 2026 auf rund 31 Mio. Franken. Dies soll durch die vorübergehende Beibehaltung eines Teils der Steuerfüsse und gezielte Rückzahlungen geschehen.
3. Steuersenkung ermöglichen: Trotz Investitionen und Schuldenabbau soll auch der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen reduziert werden. Geplant ist zunächst eine Senkung um 1 % und später um 2 %, was bei einem Steuerfuss von rund 50 % eine spürbare Entlastung bedeutet.

Er erläutert, dass die Einnahmen aus der Straumann-Steuer teilweise in einen Standortförderungsfonds (rund 50 % der Erträge) fließen und von dort in Projekte wie den MedTech-Hub investiert werden. Dadurch entsteht eine Bewegung im Finanzplan, die den Ertrag in der Erfolgsrechnung der Gemeinde konsolidiert und die langfristige Planung ermöglicht.

Er weist darauf hin, dass grosse Investitionen, wie der Ausbau der Ermitagestrasse, grösstenteils von Bund und Kanton finanziert werden, wodurch die Belastung für die Gemeinde überschaubar bleibt. Dies sorgt dafür, dass der Selbstfinanzierungsgrad schrittweise steigt und gleichzeitig die Verschuldung zurückgeht.

Er betont, dass trotz der positiven Aussichten die Gemeinde weiterhin sorgfältig planen wird: Investitionen werden zweckmässig getätigt, es erfolgen keine überflüssigen Ausgaben, und Budgets werden streng überwacht. Überschüssige Mittel werden sinnvoll genutzt, etwa für zusätzliche Steuersenkungen, sobald die finanziellen Möglichkeiten dies erlauben.

Nicole Ziegler von der Gemeindekommission präsentiert die Einschätzung der Gemeindekommission zum Finanzplan. Die Gemeindekommission hat den Plan in zwei Sitzungen gemeinsam mit dem Gemeinderat analysiert. Sie stellt fest, dass der Finanzplan kein Beschlussgeschäft, sondern ein strategisches Führungsinstrument ist, das die Grundlage für künftige Budget- und Investitionsentscheide bildet.

Die Gemeindekommission sieht es als ihre Aufgabe an, Transparenz zu schaffen und finanzpolitische Chancen sowie Risiken aufzuzeigen. Sie bewertet den Finanzplan als nachvollziehbar und konsistent, weist aber auf zentrale Punkte hin:

Handlungsspielräume: Der Finanzplan berücksichtigt gleichzeitig Investitionen, Steuerreduktion und Schuldenabbau.

Steuersenkungen: Es ist vorgesehen, dass der Steuerfuss für natürliche Personen in zwei Schritten auf 46 % und ab 2031 auf 45 % gesenkt wird. Für juristische Personen ist ab 2031 eine Reduktion auf 48 % geplant.

Schuldenentwicklung: Es wird festgestellt, dass die Verschuldung in den letzten 25 Jahren gestiegen ist und bis 2026 voraussichtlich 42,5 Mio. Franken erreichen wird. Eine Reduktion auf rund 31 Mio. Franken ist bis 2033 vorgesehen.

Unsicherheiten: Die Gemeindekommission weist darauf hin, dass zusätzliche, heute noch nicht geplante Investitionen entstehen können und Steuereinnahmen schwanken.

Sie kommt zum Schluss, dass der Finanzplan aus heutiger Sicht plausibel, konsistent und eine solide Grundlage für künftige Budget- und Investitionsentscheidungen ist.

Es werden Wortmeldungen verlangt.

Johannes Felchlin teilt mit, dass Arlesheim Anfang der 2000er-Jahre schuldenfrei war. Seitdem wurden rund 50 Mio. Franken in verschiedene Projekte investiert, darunter Schwimmbad, Schulhäuser, Gemeindewerkhof, Feuerwehrmagazin, Turnhalle, Wasserreservoir und zuletzt der Gemeindesaal. Ende 2024 werden die Gemeindeschulden voraussichtlich 41 Mio. Franken betragen – nicht dramatisch, aber ein Hinweis auf Handlungsbedarf.

Zugleich bieten sich durch den Zuzug von Unternehmen, insbesondere im Innovationszentrum für Medizintechnologie, Quantencomputing und Industrie 4.0, neue Chancen, z. B. durch die Ansiedlung der Straumann-Gruppe. Ab 2027 werden Netto-Einnahmen von rund 4 Mio. Franken erwartet.

Die FDP Arlesheim sieht dies als Gelegenheit, Schuldenabbau voranzutreiben, die steuerliche Attraktivität zu erhöhen und notwendige Investitionen zu sichern.

Dafür sollen Effizienzsteigerungen in der Verwaltung, eine restriktive Ausgabenpolitik, strenge Budgetprozesse, Ausgabencontrolling und Überprüfung gebundener Ausgaben umgesetzt werden. Geplante Investitionen sollen auf wirklich notwendige Projekte beschränkt werden, zusätzliche Steuereinnahmen primär für Schuldenabbau und Steuersenkungen eingesetzt werden.

Konkret fordert die FDP:

- Senkung des Steuerfusses ab 2027 auf 45 % (statt auf 46 % wie geplant)
- Abbau der Gemeindeschulden von 2027 bis 2035 um durchschnittlich 2 Mio. Franken pro Jahr

Ziel sind nicht nur niedrigere Steuern, sondern die langfristige Attraktivität Arlesheims als Wohn- und Wirtschaftsstandort, um Vermögen und Einkommen in die Gemeinde zu bringen. Damit soll Arlesheim finanziell stark bleiben und nachhaltig weiterentwickelt werden.

Thomas Arnet vertritt die Meinung der Frischluft. Die Frischluft sieht die gleichzeitige Umsetzung von Steuerreduktion, Schuldenabbau und Investitionen als sehr ambitioniert und skeptisch. Dank der erwarteten Steuereinnahmen, etwa von der Straumann-Gruppe, könnte Arlesheim im nächsten Jahr seine Schulden um einen Viertel reduzieren, wichtige Investitionen umsetzen und das Eigenkapital auf über 50 Mio. Franken steigern.

Die Frischluft hält die vom Gemeinderat vorgeschlagene, moderatere und sozialverträgliche Steuersenkung für realistisch und ausgewogen. Die Verwaltung arbeitet bereits effizient, und die Priorität sollte weiterhin auf Investitionen und Schuldenabbau liegen. Tiefere Steuern ab 2027 würden Mindereinnahmen verursachen, Investitionen gefährden oder neue Schulden nötig machen. Kleine Änderungen des Steuersatzes von 47 % auf 46 % oder 45 % seien zudem kaum entscheidend für einen Zuzug.

Bereits 2023 wurden durch die kantonale Vermögenssteuerreduktion gezielt Bevölkerungsgruppen entlastet. Jetzt brauche es eine Konsolidierung statt weiterer Steuergeschenke. Der Gemeinderat verfolgt eine verantwortungsvolle Finanzstrategie, die allen zugutekommt.

Damian Schärer erläutert, dass die SVP in der Finanzplanung eine gelungene Balance sieht – im Vergleich zu anderen Gemeinden steht Arlesheim gut da. Gleichzeitig birgt die Abhängigkeit von der Straumann-Gruppe ein Klumpenrisiko: Als Shareholder-Value-Unternehmen könnte sie schnell verkauft werden. Auch bezüglich der Planung am Bach sind noch Unsicherheiten offen, da die Umsetzung noch nicht beschlossen ist und alternative Lösungen möglich sind. Insgesamt halten wir die Planung jedoch für solide und im Vergleich zu anderen Gemeinden vorteilhaft.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

://: Die Finanzplanung 2026-2033 wird zu Kenntnis genommen.

Traktandum 4:

Ausführungskredit «Sanierung Kindergarten Im Lee»

Gemeinderätin Lea Mani erläutert, dass im Rahmen des Legislaturprogramms zehn Masterprojekte definiert wurden, darunter die Schulraumentwicklung. In Arlesheim besteht bei mehreren Schulgebäuden und Kindergärten erheblicher Sanierungsbedarf. Derzeit werden drei grössere Projekte bearbeitet: die Sanierung des Kindergartens «Im Lee», die Dachsanierung des Domplatz-Schulhauses (voraussichtlich 2026) sowie die Planung eines Doppelkindergartens beim Domplatz-Schulhaus in Verbindung mit der Sanierung bzw. dem teilweisen Neubau der Mehrzweckhalle.

Im Mittelpunkt steht heute die Sanierung des 1968 erbauten Kindergartens «Im Lee». Das Gebäude ist technisch und baulich veraltet und weist umfassenden Erneuerungsbedarf auf. Vorgesehen sind neue Boden-, Wand- und Deckenbeläge, der Ersatz der gesamten Sanitäranlagen inklusive eines hindernisfreien WCs, eine moderne und energieeffiziente Beleuchtung, Verbesserungen der Raumakustik sowie zusätzlicher Stauraum durch Einbauschränke. Auch die Elektroanlagen und Fenster werden ersetzt.

Ein wichtiger Bestandteil des Projekts ist die Schaffung einer zeitgemässen Küche, damit künftig gemeinsam mit den Kindern gekocht werden kann. Dafür sowie für zusätzliche Gruppenräume und Arbeitsplätze für Lehrpersonen sind Anpassungen am Grundriss geplant.

Obwohl aktuell kein Bedarf für einen Doppelkindergarten besteht, werden bauliche Vorkehrungen getroffen, um bei steigenden Kinderzahlen eine spätere Umnutzung zu ermöglichen. Dazu zählen vorbereitete Anschlüsse für eine zweite Küchenzeile sowie zusätzliche Toilettenoptionen. So kann flexibel auf eine mögliche Verdichtung oder Verjüngung reagiert werden.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf 950'000 Franken bei einer Kostengenauigkeit von ± 15 Prozent, inklusive einer Reserve von rund 90'000 Franken. Neben den eigentlichen Sanierungsarbeiten sind auch die Erneuerung des Hauptwasseranschlusses sowie Reparaturen an der Kanalisation vorgesehen. Der Baustart ist für April oder Mai geplant. Die Arbeiten werden eng mit dem Schulbetrieb abgestimmt, sodass dieser möglichst wenig beeinträchtigt wird; Rückbauarbeiten erfolgen während der Schulferien. Für die Umsetzung wird ein Ausführungskredit von 950'000 Franken beantragt.

Nadja Flückiger von der Gemeindekommission informiert, dass die Gemeindekommission den Antrag in zwei Sitzungen beraten hat. Die Kommission ist sich einig, dass bei einem Gebäude aus dem Jahr 1968 Sanierungen notwendig sind. Der vorgesehene Zeitplan wird als ambitioniert beurteilt und es besteht die Erwartung, dass während des Umbaus eine gute Übergangslösung für die Kinder gefunden wird. Positiv bewertet wird die Möglichkeit, den Kindergarten bei Bedarf rasch von einem Einzel- in einen Doppelkindergarten umzuwandeln, falls sich das Quartier stark verjüngt. Trotz leichter Zweifel am Zeitplan und dem Wunsch nach einer Visualisierung stimmt die Kommission dem Projekt mit 11 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann präsentiert an dieser Stelle den Parolenspiegel der Parteien.

Partei	Parolen
FDP	Ja
Frischlufte	Ja
SP	Ja
GLP	Ja
Die Mitte	Ja
SVP	Ja

Es werden Wortmeldungen verlangt.

Roger Pfister betont, dass das Projekt grundsätzlich befürwortet wird, jedoch noch wichtige Punkte offen waren, insbesondere die Asbest-Situation und mögliche zusätzliche Kosten bei diesem alten Gebäude. Nach Rücksprache mit der Abteilungsleiterin Hochbau der Gemeinde konnten diese Fragen gut beantwortet werden. Trotz der hohen Kosten wird das Projekt als lohnende Investition in den Kindergarten und die Zukunft der Kinder gesehen. Ausserdem hätte der Gemeinderat die gefundenen Schadstofffragen erwähnen können, was für die Stimmbürger von Interesse gewesen wäre. Letztlich wurde Einigkeit erzielt und das Projekt wird unterstützt.

Lea Mani ergänzt, dass das Thema Asbest abgeklärt wurde. Bereits 2018 wurde ein Asbest-Screening durchgeführt, bei dem zwar verdächtige Materialien gefunden wurden, diese aber im eingebauten Zustand unbedenklich waren. Vor einem Umbau bestand kein Handlungsbedarf, ausser bei tiefgründigen Sondierungen oder Probeentnahmen, die in diesem Jahr durchgeführt wurden. Dabei wurden geringe Mengen hinter Platten festgestellt, die keine Gefahr darstellen, jedoch beim Rückbau korrekt entsorgt werden müssen.

Zum Thema Energie: Die Fenster werden ersetzt, was eine Verbesserung bei Wärme- und Kälteschutz bringt. Die Aussenhülle des Gebäudes wird jedoch erst später ertüchtigt, da andere Gebäude aktuell dringender saniert werden müssen. Energiesparpotenzial wird vor allem bei Beleuchtung und Elektronik umgesetzt, wodurch bereits ein grosser Fortschritt erreicht wird.

Ralph Honegger teilt mit, dass der Kindergarten über ein schönes Flachdach verfügt. Wurde bereits geprüft, ob es sinnvoll wäre, darauf Photovoltaikanlagen zu installieren?

Gemeinderätin Lea Mani erklärt, dass es vorgesehen ist, dass bei einer Flachdachsanie rung auch geprüft wird, ob Photovoltaikanlagen sinnvoll sind. Da das Dach im aktuellen Schritt jedoch nicht erneuert wird, erfolgt diese Prüfung erst, wenn eine komplette Erneuerung des Daches geplant ist; auf dem bestehenden Altdach werden keine Anlagen installiert.

Eine Votantin fragt, wie eine umfassende Sanierung des Kindergartens bei gleichzeitig laufendem Betrieb umgesetzt werden kann. Insbesondere wird angemerkt, dass kleine Kinder vor Ort sind und eine Baustelle Gefahren birgt, sodass unklar ist, wie dies praktikabel und sicher realisiert werden soll.

Gemeinderätin Lea Mani erläutert, dass die ursprüngliche Planung vorsieht, den Rückbau und die Sanierung der Räume über zwei Sommer zu verteilen, sodass jeweils ein Raum saniert wird, während der andere weiter genutzt werden kann. So könnte der Kindergartenbetrieb während der Bauarbeiten weitgehend aufrechterhalten werden.

Im Rahmen der Diskussion in der Schule wurden zudem weitere Varianten angesprochen, etwa ein temporäres Ausweichen des Kindergartens an einen Ersatzstandort. Über diese Möglichkeiten soll am kommenden Freitag abschliessend entschieden werden.

Jede Variante bringt unterschiedliche Vor- und Nachteile mit sich: Eine kompaktere Bauweise würde die Gesamtdauer der Sanierung verkürzen, hätte jedoch stärkere negative Auswirkungen auf den laufenden Betrieb des Kindergartens. Die Entscheidung wird daher sorgfältig abgewogen, um Sicherheit und Funktionalität während der Bauphase bestmöglich zu gewährleisten.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Der Ausführungskredit für die Sanierung des Kindergartens «Im Lee» in Höhe von 950'000 Franken wird genehmigt

Traktandum 6:

Diverses

Gemeinderätin Lea Mani erläutert, dass neben den bereits geplanten Schulraumprojekten im September aufgrund starker Regenfälle zusätzliche, ungeplante Projekte erforderlich geworden sind. Dabei traten Schäden an mehreren Dächern auf, insbesondere im Schulgebäude Gerenmatt 2. Dort wurde ein grosser Wasserschaden im Atrium festgestellt, das zwei Gebäudeteile verbindet. Das V-förmige Betondach sammelte über Jahre Wasser, was nach starkem Regen zu Tropfen im Inneren führte. Eine einfache Reparatur reicht nicht aus; die gesamte Dachkonstruktion muss zurückgebaut und neu aufgebaut werden. Kosten und Versicherungsleistungen sind noch in Abklärung.

Ein weiteres betroffenes Dach ist der Anbau der Bibliothek. Dort trat ebenfalls seit Jahren wiederholt Wasser ein, und es entstanden Schäden. Nach einer kürzlichen Inspektion wurden zahlreiche Schäden festgestellt. Auch hier sind noch weitere Abklärungen nötig, und es ist mit hohen, bislang nicht geplanten Investitionen zu rechnen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann ergänzt, dass die in den letzten Wochen aufgetretenen, ungeplanten Projekte und Schäden an Schulgebäuden bisher nicht im Finanzplan berücksichtigt waren. Die Bevölkerung soll dadurch nicht überrascht sein, falls plötzlich ein Gerüst an einem der betroffenen Gebäude aufgestellt wird. Ausserdem wurde an der letzten Gemeindeversammlung eine Anfrage bezüglich einer Aussentreppe bei der Sporthalle eingereicht, zu der Gemeinderat Hartmut Vetter noch informieren und eine Antwort geben wird.

Gemeinderat Hartmut Vetter informiert, dass an der Gemeindeversammlung im September 2025 gefragt wurde, warum die Aussentreppe der Dreifachturnhalle Hagenbuchen kein Geländer hat. Die Halle verfügt zwar über einen gesetzeskonformen Zugang über die Rampe beim Parkplatz. Die Verwaltung hat das Anliegen an den Trägerverein weitergeleitet, mit der Bitte, die Möglichkeit eines Geländers zu prüfen. Für den baulichen Unterhalt ist der Trägerverein zuständig.

Persönlich sei angemerkt: Kinder nutzen die Treppe seit Jahren sicher – absolute Sicherheit gibt es nie, dennoch wird das Anliegen ernst genommen.

Ausserdem wird am kommenden Montag auf dem Domplatz ein Wunschbaum eingeweiht (18.30 Uhr) – alle Arlesheimerinnen und Arlesheimer können bis am 6. Januar 2026 ihre Wünsche auf bunten Karten aufhängen. Der Baum steht für Verbundenheit, Solidarität und Hoffnung – ganz nach dem Motto: «Arlesheim, wo Menschen einander begegnen».

Gemeindepräsident Markus Eigenmann informiert, dass Monika Strobel ihren Rücktritt aus dem Gemeinderat per Ende März 2026 bekannt gegeben hat. Sie bleibt jedoch noch vier Monate im Amt und wird ihre Aufgaben weiterhin wahrnehmen; die offizielle Verabschiedung erfolgt an einer kommenden Gemeindeversammlung.

Unabhängig vom Ausgang der Wahlen am Sonntag wird es somit zu einer Ersatzwahl kommen. Der Gemeinderat legt am nächsten Dienstag das genaue Datum fest, voraussichtlich im März. Zudem wird formell entschieden, ob ein oder zwei Sitze neu zu besetzen sind.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Kerstin Göschke stellt die Frage, wie mit möglichen Unvollständigkeiten oder Fehlern im Protokoll der Gemeindeversammlung umgegangen wird. Aus beruflicher Erfahrung wird darauf hingewiesen, dass bei Gerichtsverhandlungen Tonaufnahmen erstellt werden und bei Mängeln im Protokoll eine formelle Berichtigung verlangt werden kann.

Vor diesem Hintergrund wird die offene Frage aufgeworfen, ob bei einer Tonaufnahme der Gemeindeversammlung fehlende oder falsche Inhalte nicht einfach korrigiert werden müssten, anstatt darüber abstimmen zu lassen.

Zudem wird grundsätzlich hinterfragt, welchen Zweck die Tonaufnahme erfüllt, wenn sie bei der Protokollerstellung nicht vollständig berücksichtigt wird. Abschliessend wird die Erwartung geäussert, dass das betreffende Votum von Benedikt Göschke sowie die gestellte Frage im nächsten Protokoll korrekt aufgenommen werden.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann versichert, dass das Votum von Benedikt Göschke sowie die Frage im Protokoll aufgenommen werden. Er erklärt, dass das Gemeindegesetz vorsieht, zu Beginn jeder Gemeindeversammlung das Protokoll der letzten Versammlung zu behandeln und zu genehmigen. Dabei besteht die Möglichkeit, Berichtigungen anzubringen.

Falls jemand mit einem gefassten Beschluss – etwa im Zusammenhang mit einem Änderungsantrag – nicht einverstanden ist, könnte unter Umständen eine Stimmrechtsbeschwerde in Betracht gezogen werden. Eine abschliessende rechtliche Einschätzung dazu kann jedoch nicht gegeben werden, da ein solcher Fall bislang noch nie eingetreten ist. Die Frage wird deshalb aufgenommen und bei den zuständigen kantonalen Stellen abgeklärt.

Balz Stüchelberger betont, dass in der Gemeindeversammlung Ordnung, Respekt und Toleranz unerlässlich sind und Zwischenrufe oder Diffamierungen keinen Platz haben. Gleichzeitig weist er die Kritik zurück, die politisch Engagierten in den Parteien seien ein «Filz» oder nicht unabhängig. Der Vorwurf, nur einzelne Personen seien wirklich unabhängig, greife zu kurz.

Gerade in zentralen Fragen wie dem Finanzplan zeige sich, dass durchaus grosse inhaltliche Differenzen bestehen – etwa bei der Diskussion um Steuern oder Ausgaben. Von Harmonie im Sinne völliger Einigkeit könne also keine Rede sein.

Dass Vorlagen am Ende dennoch oft mit deutlichen Mehrheiten angenommen werden, sei kein Ausdruck von Filz, sondern Ergebnis des politischen Systems: Im Gemeinderat werden Lösungen so erarbeitet, dass sie mehrheitsfähig sind. Parteien tragen dabei eine grosse Verantwortung, konstruktiv mitzuwirken. Diese Konsensfähigkeit wird als Stärke der Gemeinde verstanden – im Gegensatz zu einem stark polarisierten System mit ständigen Ja-Nein-Konfrontationen, das eher zu Blockaden und Chaos führen würde als zu tragfähigen Lösungen.

Lukas Bader fragt nach, weshalb bei der Gemeindebibliothek Renovationsarbeiten vorgesehen sind, obwohl nach bisherigem Verständnis das Gebäude künftig abgerissen und im Zusammenhang mit der Erweiterung des Altersheims Landruhe überbaut werden soll. Er bittet um Klärung, weshalb in ein Gebäude investiert wird, das allenfalls nicht langfristig bestehen bleibt.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann antwortet, dass die Frage zur Gemeindebibliothek im Gemeinderat ausführlich diskutiert wurde. Zwar ist das Gebäude in der Strategie als Abbruchliegenschaft vorgesehen, die langfristig ersetzt werden soll, doch der Standort ist sehr wichtig, und ein Neubau wird noch mehrere Jahre dauern, da zuerst ein Quartierplan erarbeitet werden muss. Die Herausforderung besteht darin, das Bibliotheksangebot am jetzigen Standort aufrechtzuerhalten, das Gebäude mehrere Jahre nutzbar zu halten und gleichzeitig möglichst wenig Geld zu investieren. Der Gemeinderat hat daher weitere Abklärungen in Auftrag gegeben und noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Heute wurde lediglich kurz über den aktuellen Stand informiert; ein fertiger Plan zum Umgang mit Problemen wie dem Wassereintritt liegt noch nicht vor.

Damian Schärer äussert als Privatperson, dass er die Entscheidungshoheit der Gemeinde in der Basisdemokratie verteidigt und Probleme damit hat, wenn die Justiz oder eine Berechtigungsklage vorgibt, wie vorzugehen sei. Er bestätigt, dass bei der SVP aktuell zahlreiche Meldungen zu Abfall und Übergriffen eingehen, die konsolidiert und adressiert werden. Die Justiz solle für Ruhe, Ordnung und Sauberkeit sorgen, nicht dafür, wie über Protokolle abgestimmt wird. Abschliessend betont er, dass es wichtig ist, die Basisdemokratie zu pflegen und allen Voten zuzuhören, auch wenn sie einem nicht gefallen.

Benedikt Göschke erläutert, dass er und Johannes Manggold als langjährige, unabhängige Einwohner keiner Partei angehören. Er möchte frei seine Meinung äussern können, ohne an Parteistrukturen, Seilschaften oder interne Rücksichten gebunden zu sein. Diese Unabhängigkeit betrachtet er als wertvoll für die Gemeinde, da sie Vielfalt und frische Perspektiven einbringt.

Er betont, dass es problematisch ist, wenn unabhängige Köpfe angegriffen werden, nur weil sie eigenständige Position beziehen. Gleichzeitig stellt er klar, dass er den Begriff «Filz» nicht abwertend gegenüber der Gemeinde oder den Parteien verwendet hat; jede Gemeinde habe ein gewisses Mass an Filz, was normal sei, aber die Unabhängigen trotzdem ihre Meinung frei äussern dürfen. Sein Anliegen ist, dass diese Stimmen gehört werden und nicht als Diffamierung interpretiert werden.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann stellt fest, dass der Austausch über Demokratie in der Gemeinde ruhig und respektvoll verläuft, was er sehr schätzt. Auch die Diskussion über den Finanzplan sieht er als ein Privileg, da man hier differenziert über kleine Anpassungen wie Steuerfragen sprechen kann, während in anderen Gemeinden oft andere Themen dominieren. Kritische Stimmen in der Gemeindeversammlung hält er für wichtig und wertvoll. Abschliessend lädt er die Anwesenden zum Apéro ein, wünscht eine schöne Adventszeit und eine gute Heimkehr.

Schluss der Versammlung um 21.30 Uhr

Namens der Gemeindeversammlung

Der Gemeindepräsident a. i. Die Protokollführerin:

